BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 31.08.2026

Europa muss wieder wettbewerbsfähig werden: Nein zu Naivität und staatlich gelenkter Industriepolitik, ja zu Marktwirtschaft und Freihandel

Die deutsche und europäische Industrie steht unter enormem Druck – von außen und von innen. China flutet mit seinen Überkapazitäten den europäischen Markt. Wechselkursmanipulation und Subventionen drücken die Preise chinesischer Produkte künstlich. In den USA hat Präsident Trump den Europäern den Handelskrieg erklärt und schadet unserer Wirtschaft aktiv mit Schutzzöllen und wirtschaftspolitischer Abschottung. Die Abschottung der USA gegenüber China verstärkt zudem den Fluss chinesischer Überkapazitäten nach Europa.

Außerdem belasten unzählige hausgemachte Probleme den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa: Die überbordende Regulierungslast ist für viele Unternehmen finanziell und organisatorisch kaum noch tragbar. Hohe Steuern und Abgaben sind vor allem ein Nachteil Deutschlands im globalen Wettbewerb, zudem verteuern hohe Energiepreise deutsche Produkte zusätzlich. Ein unvollständiger Binnenmarkt belastet den innereuropäischen Handel massiv. Überproportional betreffen all diese Problem den Mittelstand.

Wir fordern, dass Europa mit handelspolitischer Härte gegen unfairen Wettbewerb und wirtschaftliche Erpressung agiert, Freihandel mit Partnern weltweit massiv intensiviert, den eigenen Binnenmarkt stärkt und dabei wieder eine klare marktwirtschaftliche Linie verfolgt, sowie Regelungen und Bürokratie in erheblichem Ausmaß abbaut.

Unsere Forderungen:

Stärke und freier Handel nach Außen:

1. **Klare Kante gegen unfairen Wettbewerb aus China**: **Handelsverteidigungsinstrumente vollumfänglich schärfen und entschlossen einsetzen.** Die EU-Kommission muss zügiger und härter gegen unfaire Subventionen vorgehen. Auch Ausgleichszölle für Produkte, die durch chinesische Maßnahmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil haben, müssen als Mittel genutzt werden, um der Schwemme chinesischer Überkapazitäten den Kampf anzusagen.
2. **Entschlossenheit und Stärke auch gegenüber Trumps USA:** Die EU muss

bereit sein auch gegenüber den USA handelspolitisch Zähne zu zeigen und Gegenmaßnahmen gegen politische Erpressung und Einflussnahme zu ergreifen. Wer bereit ist im Ernstfall konsequent zu handeln, stärkt seine eigene Position für Verhandlungen, denn die EU-Kommission muss konsequent weiter daran arbeiten das Rahmenabkommen mit den USA für europäische Unternehmen zu verbessern.

3. **Mehr Handel mit mehr Partnern weltweit für resilientere globale Lieferketten:** Wenn unkompliziert umfangreiche neue Freihandelsabkommen zügig möglich sind, unterstützen wir diese. Wo sie kurzfristig nicht realisierbar sind, muss das Ziel sektorale Abkommen sein. Die EU muss mehr pragmatische Allianzen mit Partnern formen, wie derzeit im Autosektor mit Korea, Japan und dem Vereinigten Königreich, um gemeinsam einen starken Markt zu etablieren. Tempo im Freihandel muss Vorrang vor maximaler Tiefe haben. Mehr Handel mit mehr Partnern sichert Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise. Die EU-Kommission muss mit höchster Priorität mit allen bestehenden und interessierten Partnern in der Welt ein Angebot machen unsere handelspolitische Zusammenarbeit zu vertiefen.
4. **Neue Rohstoff- und Partnerschaftsabkommen sind notwendig**, um Lieferketten zu diversifizieren und strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. So wird Deutschland und die EU weniger erpressbar. Verbesserte militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowie der Ausbau nachhaltiger Konnektivität in den Bereichen Transport, Digitalisierung und Energie müssen weitere Prioritäten europäischer Außenwirtschaftspolitik sein.

Europas Stärken heben, Regulierungs-Kehrtwende nach innen:

5. **Binnenmarkt vollenden, protektionistische Grenzen einreißen**: Nationalstaatliche Hürden im Binnenmarkt schaden dem innereuropäischen Handel enorm. Regelungen, die dem Binnenmarkt schaden, wie die Verpackungsverordnung oder die Batterieverordnung, wollen wir streichen und alle weiteren Barrieren im Binnenmarkt schnellstmöglich abbauen.
6. **Stoppschild für Protektionismus, Planwirtschaft und Subventionswettlauf:** Wir brauchen Pragmatismus statt Protektionismus und Planwirtschaft. Planwirtschaftliche Maßnahmen der EU-Kommission wie grüne Leitmärkte und den Ansatz neuer staatlicher Subventionen lehnen wir entschieden ab. Ein staatlich gelenkter Versuch Wirtschaftsaufschwung herbei zu subventionieren, ist genauso zum Scheitern verurteilt, wie bürokratische, praxisferne und teure Eingriffe der Politik in das Design von Produkten.
7. **Wettbewerbsschädliche Regeln abschaffen:** Wir fordern, alle existierenden EU-Gesetze auf den Prüfstand zu stellen und all jene Regelungen zu streichen, die der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft

schaden. Dazu zählen beispielsweise das europäische Lieferkettengesetz, zahlreiche Regeln des AI Act und unserer Datengesetze, aber auch Regulierungen, die unsere produzierende Industrie unverhältnismäßig stark belasten, wie die Verpackungsverordnung.

8. **Beweislast-Umkehr für Berichts- und Dokumentationspflichten:** Wir fordern, die Beweislastumkehr für Berichts- und Dokumentationspflichten sowie eine effektive „Berichtspflichten-Bremse“ für neue Gesetze auf europäischer Ebene einzuführen. Das heißt, umgehende Abschaffung aller Berichts- und Dokumentationspflichten, sofern sie nicht explizit begründet werden und eine rigorose Vermeidung zusätzlicher Berichtspflichten durch neue Gesetze.
9. **Memorandum für neue Regeln:** Wir fordern ein Memorandum für jegliche neue EU-Gesetze, die über bloße Aktualisierung bestehender Regeln hinausgeht, zunächst bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode in 2029.
10. **Neuer Politikansatz: Pro Innovation, contra Angst:** Dem angstgetriebenen Politikansatz vergangener Jahre setzen wir ein Mindset entgegen, das Innovation und wirtschaftliche Freiheit zuerst denkt. Wenn ein Problem in der Praxis nicht aufgetreten ist, ist jegliche Regulierung zu unterlassen und alles dafür zu unternehmen, dass sich die wirtschaftliche Freiheit und der Erfindergeist in Europa so frei wie möglich entfalten können.